

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 30. JANUAR 2020



ANTRAG **BÜRGERSCHAFT VERURTEILT TODESSTRAFE**

Die Bürgerschaft hat heute einstimmig die Todesstrafe als grausame, unmenschliche und entwürdigende Bestrafung verurteilt. In einem Antrag, den die SPD-Fraktion gemeinsam mit allen anderen Fraktionen eingebracht hatte, hielt sie zudem fest, dass diese Art der Bestrafung gegen das Recht auf Leben verstößt, wie es in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgehalten ist, und einen unververtretbaren Akt finaler Folter darstelle. Im Anschluss an die Debatte setzten die Abgeordneten ein Zeichen und beteiligten sich auf dem Marktplatz an einer Aktion von Amnesty International gegen die Todesstrafe.

Antje Grotheer, Sprecherin für Bund, Europa und Internationales der SPD-Fraktion, berichtete in ihrer Rede vom nigerianischen Schüler Moses Akatugba, der 2005 mit gerade einmal 16 Jahren vom Militär festgenommen wurde. Angeblich hatte er drei Mobiltelefone gestohlen. Unter Folter unterzeichnete Akatugba ein falsches Geständnis und wurde acht Jahre später auf Basis dieses Dokumentes zum Tode verurteilt. Im Juni 2015 wurde der inzwischen 25-jährige Akatugba dank weltweiter Unterstützung und Proteste, initiiert durch einen Aufruf von Amnesty International, begnadigt und freigelassen.

„Dieses Schicksal enthält zwei wichtige Botschaften“, sagte Grotheer. „Es zeigt zum einen beispielhaft und eindrucksvoll, wie unverhältnismäßig, entwürdigend und menschenverachtend die Todesstrafe ist und weshalb sie von rechtspolitischen Gründen wie



Antje Grotheer

den wie Justizirrtum und Korruption bis hin zu all ihren ethisch-moralischen Gründen in jeder Form ab-



zulehnen ist! Zum anderen wird daran aber auch deutlich, dass, wenn der Kampf gegen die Todesstrafe in der gesellschaftlichen Debatte bleibt und sich kontinuierlich dagegen eingesetzt wird, es dann möglich ist, dass man Stück für Stück zur vollständigen Abschaffung dieser kommen kann!“

Denn für Grotheer steht fest: „Die Todesstrafe stellt die erniedrigendste aller Strafen dar, sie entspringt dem Geist der Rache und Vergeltung und verhindert jede Chance auf Rehabilitation der jeweiligen verurteilten Person. Und: Sie ist unumkehrbar – die Gefahr, einen unschuldigen Menschen hinzurichten, ist groß und ebenfalls leider keine Seltenheit.“

Deswegen sei es positiv, dass der weltweite Widerstand gegen die Todesstrafe wachse – was nicht zuletzt dem kontinuierlichen Einsatz von Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft zu verdanken sei. Daher rief auch Grotheer dazu auf, diesen Einsatz fortzusetzen und sich an der Aktion von Amnesty International auf dem Marktplatz zu beteiligen – und viele Abgeordnete folgten diesem Aufruf im Anschluss an die Debatte.

> **Antrag: Todesstrafe weltweit abschaffen**
bit.ly/todesstrafe_abschaffen

ANTRAG **RAHMENKONZEPT FÜR TEILHABE UND DIVERSITY GEFORDERT**

Der Senat soll ein „Rahmenkonzept gesellschaftliche Teilhabe und Diversity“ erstellen und dazu die bereits bestehenden Integrationskonzepte zusammenführen. Einen entsprechenden Antrag hat die Bürgerschaft heute auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen.

So soll der Senat unter Beteiligung des Rates für Integration, migrantischer Selbstorganisationen und der Öffentlichkeit die bisherigen Leitlinien des „Entwicklungsplans Partizipation und Integration“ und das Integrationskonzept „In Bremen zu Hause“ zusammenführen und die „Standortbestimmung Partizipation und Integration im Land Bremen“ für alle Menschen mit Migrationsgeschichte unabhängig vom Aufenthaltstitel weiterentwickeln.

Für die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Valentina Tüchel, ist dies ein notwendiger und richtiger Schritt. Denn das Thema Migration drehe sich nicht nur um Geflüchtete, sondern umfasse eine Vielzahl unterschiedlicher



Valentina Tüchel

Gruppen. „Es geht um diejenigen, die erst seit kurzer Zeit hier sind. Und es geht genauso um diejenigen, die zum Teil schon seit Jahrzehnten in Deutschland leben. Oder diejenigen, die in Deutschland geboren sind und



Foto: william87/Fotolia.com

das Herkunftsland ihrer Eltern nur aus den Ferien kennen“, erklärte sie. „Und ich habe manchmal das Gefühl, dass die nötige Differenzierung fehlt.“

Deswegen müsse ein strategisches Rahmenkonzept neu entwickelt werden. „Es geht bei Integration nicht nur um Sprachkurse. Es geht um Ankommen in unserer Gesellschaft. Ankommen muss man aber auch zulassen. In diesem Sinne braucht Integrationspolitik einen Paradigmenwechsel. Und dazu müssen wir alle an den Strukturen arbeiten. Fördermaßnahmen sind weiter sinnvoll, reichen aber allein

nicht aus“ sagte Tüchel und ergänzte: „Wir haben nicht nur eine regelgeleitete Aufgabenerfüllung vor Augen, sondern es geht um einen gemeinsamen Weg für unser Land. Um eine Idee, unterschiedliche Vorstellungen vom Leben zuzulassen, anzunehmen und sich zu öffnen. All dies gilt es in einem Konzept zusammenzubinden.“

> Antrag: Bremer Integrationskonzepte zusammenführen – „Rahmenkonzept für gesellschaftliche Teilhabe und Diversity“ erstellen!

bit.ly/rahmenkonzept_diversity

ANTRAG **GRUNDSTEUER BÜRGERFREUNDLICH UMSETZEN**

Die Bürgerschaft hat sich heute damit befasst, wie die Grundsteuerreform in Bremen umgesetzt werden soll. Sie beschloss einen Antrag der rot-grün-roten Koalition, der unter anderem vorsieht, dass der Senat dabei auf das Bundesmodell zurückgreifen und nicht von der Öffnungsklausel Gebrauch machen soll. Auch soll die Umsetzung aufkommensneutral erfolgen – die Steuerpflichtigen sollen im Schnitt also nicht stärker belastet werden als bisher. Vorgesehen ist auch die Einführung der Grundsteuer C, die dabei helfen soll, Grundstücksspekulationen zu verhindern und den Wohnungsbau zu fördern.

Dass es Reformbedarf bei der Grundsteuer gibt, ist seit Langem unstrittig. Durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gab es aber zeitlichen Druck: Bis Ende 2019 mussten sich Bund und Länder auf eine Neuregelung geeinigt haben. „Der Neuregelung sind lange politische Verhandlungen vorausgegangen“, erklärte der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno

Gottschalk, heute in der Bürgerschaft. „Und ich bin sehr froh, dass es zu einer grundsätzlichen Einigung gekommen ist. Denn die Grundsteuer ist eine unverzichtbare Einnahmequelle für die Kommunen.“

So werde im gefundenen Kompromiss auch die soziale Gerechtigkeit gewahrt, da nicht nur die Größe, sondern auch der Wert des Grundstücks berücksichtigt werde. Eine Öffnungsklausel, bei der Bundesländer abweichende Regelungen erlassen können, habe zwar nicht verhindert werden können, gleichwohl sollte Bremen davon keinen Gebrauch machen, sagte Gottschalk und betonte abschließend: „Es ist hier eine gute Lösung gefunden worden, mit der wir in Bremen sehr gut leben können. Jetzt muss es um die konkrete Umsetzung gehen.“

> Antrag: Bürgerfreundliche Umsetzung der Grundsteuerreform
bit.ly/grundsteuer_hb

ANTRAG **BÜRGERSCHAFT WILL HERSTELLERABGABE BEI ZU VIEL ZUCKER**

Bremen soll etwas gegen eine falsche Ernährung mit zu viel Zucker unternehmen. Die Bürgerschaft hat heute einen Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, in dem diese den Senat unter anderem auffordert sich auf Bundesebene für eine Herstellerabgabe auf gesüßte Getränke sowie Lebensmittel, die mit übermäßig viel Zucker versetzt wurden, einzusetzen. In Großbritannien etwa, darauf wies die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ute Reimers-Bruns, hin, habe eine solche Abgabe zu einer deutlichen Reduzierung des Zuckergehalts in Getränken geführt.

Die Mehreinnahmen durch die Abgabe sollen dann, so sieht es der Antrag vor, der Förderung gesunder Ernährung zugutekommen, zum Beispiel durch mehr Aufklärung und Prävention.



Ute Reimers-Bruns

Der Senat soll sich überdies auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Nährwertkennzeichnung Nutriscore verwendet und EU-weit verpflichtend wird. Auch soll er in Schulen und



Kitas die Aufklärung über eine gesunde, zuckerarme Ernährung intensivieren und im Rahmen eines Präventionsgesetzes auf weitere Maßnahmen hinwirken.

Der Antrag zielt nicht auf die bewusste Zuckeraufnahme, sondern auf die versteckte, etwa durch Fertiggerichte und Softdrinks, betonte Ute Reimers-Bruns. Dabei reiche es nicht, auf die Freiwilligkeit

der Hersteller zu setzen. Reimers-Bruns: „Wenn wir erkannt haben, dass die Zuckeraufnahme für die Gesundheit schädlich ist, dann haben wir auch die Verpflichtung, Mittel einzusetzen, die diesen Konsum einschränken.“

> Antrag: Zuckerlastiger Fehlernährung vorbeugen, Herstellerabgabe einführen bit.ly/fehlernaehrung

ANTRAG **KLIMANOTLAGE IN BREMEN**

Die Bremische Bürgerschaft hat heute angesichts der existenziellen Herausforderungen des Klimawandels anerkannt, dass sich Bremen in einer Klimanotlage befindet. Sie beschloss einen Antrag der rot-grün-roten Koalition, in dem der Senat unter anderem aufgefordert wird, einen wirksamen Klimavorbehalt zu entwickeln und eine Reihe von Maßnahmen zum Klimaschutz auf den Weg zu bringen.

„Das, was wir hier heute tun, ist ein politisch-symbolischer Akt – und dem müssen Taten folgen“, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, mit Blick auf den Antrag. Dieser sieht unter anderem vor, dass die Fortschreibung des Klima- und Energieprogramms an einer deutlich größeren Reduktion der Treibhausgasemissionen orientiert wird.



Arno Gottschalk

Zudem soll der Senat etwa eine langfristig angelegte Klimaschutzkampagne starten sowie das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, Institutionen und Vereinen unterstützen.

Durch einen Fonds sollen zudem mehr Fördermittel nach Bremen geholt werden. Gottschalk: „Eines muss uns allen dabei aber klar sein: Wirksamen Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif.“

So würden ein Ausbau und eine attraktivere Gestaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs, eine bessere Ausstattung für Stadtgrün oder auch die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude wie beispielsweise Schulen eine Menge Geld kosten.

„Bremen befindet sich aber nicht nur in einer Klima-, sondern auch in einer Haushaltsnotlage“, betonte der Sozialdemokrat, der auch der haushaltspolitische Sprecher seiner Fraktion ist. „Wir können nicht große Beträge im Haushalt zugunsten des Klimaschutzes umschichten, ohne dass dieses Geld an anderer Stelle fehlt und das Funktionieren des Gemeinwesens gefährdet ist. Deshalb steht für mich fest: Vor allem der Bund ist gefordert, strukturell mehr Geld für den Klimaschutz bereitzustellen.“

> Antrag: Bremen befindet sich in einer Klimanotlage – jetzt gegensteuern in Richtung Klimaneutralität! bit.ly/klimanotlage_hb

FRAGE **BERATUNG FÜR PROSTITUIERTE**

Welche Beratungsstellen können für das verpflichtende Gespräch im Zuge der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes genutzt werden? Und wo sollten solche Beratungsstellen angesiedelt sein? Das wollte die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gönül Bredehorst, heute in der Fragestunde wissen. Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard antwortete für den Senat, dass die Fachberatungsstelle Nitribitt e.V. und die Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel diese Gespräche führten – letztere in der Praxis aber eher telefonisch. Dass es Beratungsgespräche außerhalb der Behörde gebe, halte der Senat für sinnvoll, erklärte Bernhard – und räumte auf Nachfrage ein, dass es in Bremerhaven



Gönül Bredehorst

derzeit noch ein Beratungsdefizit gebe, da es dort keine Träger für eine derartige Beratung gebe. In Gesprächen soll nun der genaue Beratungsbedarf vor Ort ermittelt werden, um ihn decken zu können.

FRAGESTUNDE **LANGE WARTEZEITEN IN NOTAUFNAHMEN**

Warum sind Wartezeiten in Notfallambulanzen und Notaufnahmen teilweise so lang? Wie werden sie erfasst? Und welche Möglichkeiten sieht der Senat, diese zu verkürzen? Das wollte der SPD-Abgeordnete Ali Seyrek heute in der Fragestunde wissen.



Ali Seyrek

In einigen Krankenhäusern gebe es eine Erfassung von Wartezeiten, bestätigte Gesundheitsministerin Claudia Bernhard heute in ihrer Antwort für den Senat. Allerdings existiere bislang

keine einheitliche und vollständige Erfassung – auch nicht, weil diese laut der Gesundheitsministerin wenig aussagekräftig ist. Die Gründe für längere Wartezeiten seien unterschiedlich.

So nutzen Krankenhäuser im Land Bremen ein standardisiertes System zur Beurteilung und Einstufung von Patienten nach Dringlichkeit der Behandlung, die sogenannte Triage. Dies habe den Vorteil, dass Patientinnen und Patienten mit hoher Behandlungsdringlichkeit – also schweren, lebensbedrohlichen Verletzungen und Erkrankungen – auch sofort behandelt werden könnten. Im Gegenzug, so Bernhard, müssten weniger ernsthaft erkrankte und verletzte Patientinnen und Patienten auch länger warten.

Darüber hinaus besteht laut Bernhard oftmals ein Informationsdefizit seitens der Patientinnen und Patienten. So würden diese oftmals Notfallambulanzen aufsuchen, obwohl kein Notfall bestehe. Um die Wartezeiten in den Ambulanzen zu verringern, sei nach Ansicht des Senats daher auch eine bessere Information und Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger nötig. Der Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigung und die niedergelassenen Vertragsärzte seien gute Anlaufstellen, wenn kein echter Notfall vorliege. Dazu sei ein Entwurf im Bundesministerium für Gesundheit in Arbeit, der eine gezielte Steuerung von Patientinnen und Patienten anstrebe.

FRAGESTUNDE **MEHR KURZZEITPFLEGE FÜR BREMEN?**

Wer einen Angehörigen selbst zuhause pflegt, kann in die Situation kommen, den zu Pflegenden vorübergehend nicht versorgen zu können. Genau für diesen Fall gibt es die sogenannte Kurzzeitpflege. Nicht nur in solchen Fällen, auch nach Krankenhausaufenthalt, kann eine kurzzeitige Pflege in stationären Einrichtungen erfolgen. Die SPD-Abgeordneten Holger Welt und Ute Reimers-Bruns fragten heute nach: Wie kann, nach Ansicht des Senats, das Angebot von Kurzzeitpflegeplätzen in Bremen kurzfristig erhöht werden? Wie hat sich das Angebot im Zuge der Pflegereformgesetze verändert? Und wie bewertet der Senat den

Vorstoß von Niedersachsen, mit anderen Bundesländern zusammenzuarbeiten, um Hürden bei der Schaffung dieser Kurzzeitplätze abzubauen?

„Die Zahl der Kurzzeitpflegeplätze im Land Bremen unterlag in den Jahren seit 2015 immer wieder Schwankungen“, berichtete Staatsrat Jan Fries für den Senat. Im Vergleich zu 2015 liege die Zahl der Plätze heute um 25 Prozent niedriger, es seien neun Einrichtungen und dadurch fast 70 Plätze weggefallen. Allerdings, betonte der Sozialstaatsrat, seien sogenannte „Streubetten“ bei Dauerpflegeeinrichtun-

gen dabei nicht erfasst. Die Hälfte der Kurzzeitpflegekosten werde schon heute bezuschusst, so Fries weiter. Allerdings entschieden die Träger selbst, meist anhand der Rentabilität, ob sie Kurzzeitpflege anbieten.

Die Initiative Niedersachsens werde vom Senat positiv bewertet, so Fries. Bremen setze sich bereits jetzt bei der Bundesregierung dafür ein, Verbesserung der Angebotsstruktur, der Finanzierung und des Leistungsrechts zu prüfen.

FRAGESTUNDE **TAUSCHEN UND TEILEN STATT WEGWERFEN?**

Nachhaltigkeit ist äußerst facettenreich. Nicht nur den Herstellern kommt eine Verantwortung zu, auch die Konsumentinnen und Konsumenten müssen ihren Teil dazu beitragen, die Ressourcen dieser Welt zu schonen. Insbesondere Gebrauchsgeräte werden häufig entsorgt, obwohl diese noch funktionstüchtig sind – weil ein neueres Gerät angeschafft wurde. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann, fragte deswegen heute beim Senat nach: Welche Plattformen für das Tauschen und Teilen existieren nach Kenntnisstand des Senats im Land Bremen? Könnte das Stadtportal „bremen.de“ um eine entsprechende Rubrik ergänzt werden? Und welche Möglichkeiten sieht der Senat, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass Produkte wie technische Geräte langlebiger hergestellt werden und Ersatzteile im Handel verfügbar sind?

„Dem Senat liegen keine systematischen Kenntnisse darüber vor, welche Plattformen für Tauschen oder Teilen in Bremen oder Bremerhaven existieren“, berichtete Wirtschaftsministerin Kristina Vogt in ihrer Antwort für den Senat. Allerdings seien dem Senat einige überregionale und regionale Plattformen bekannt, so zum Beispiel „bremen-tauscht.org“ oder der Tauschladen „fairTauschen“ in Findorff.



Volker Stahmann

Zusätzlich gebe es auf dem Stadtportal „bremen.de“ die Rubrik „zu verschenken“. Prohehalber, so Vogt, könne eine Tausch-Rubrik eingerichtet werden. Auf dem Stadtportal Bremerhavens

sei die Rubrik „zu verschenken“ allerdings aufgrund zu geringer Zugriffszahlen wieder eingestellt worden.

„Für März 2020 ist ein Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft angekündigt, dieser beinhaltet eine Strategie für nachhaltige Produkte“, berichtete Vogt abschließend. Im Rahmen des Aktionsplans wolle man auch nachhaltige Modelle wie beispielsweise Tauschbörsen oder eine Förderung der gemeinsamen Nutzung von Produkten und Dienstleistungen in den Blick nehmen. Zudem wolle sich der Senat auch auf europäischer Ebene für die genannten Initiativen einsetzen. Auf Nachfrage bestätigte die Ministerin, bei der Einrichtung von möglichen Reparaturcafés oder –Werkstätten auch Bürgerhäuser in den Blick nehmen zu wollen.